

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(27. - öffentliche - Sitzung am 6. März 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Fischereigesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/2904](#)

Der Ausschuss begann mit der Gesetzesberatung. Er nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, erbat eine rechtliche Stellungnahme des GBD und kam überein, die Beratungen in der Sitzung am 20. März 2019 fortzusetzen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2769](#)

Der Ausschuss hatte dem Landtag in seiner 26. Sitzung am 20. Februar 2019 einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.
Heute verständigte er sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Hermann Grupe (FDP).

3. a) **Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2895](#)

b) **Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) voranbringen**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/161](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags zu a) auf und setzte die Beratung zu dem Antrag zu b) fort. Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vereinbarte er, in der Sitzung am 20. März 2019 zu dem Antrag zu a) eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

4. **Nährstoffkreisläufe verbessern - Pflanzen bedarfsgerecht ernähren - Wasserqualität sichern**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2026](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung über das Grundwassermessstellennetz

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Er nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **Reform der Europäischen Agrarpolitik ab 2021: Öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1529](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD
Ablehnung: GRÜNE
Enthaltung: -

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss vereinbarte, in einer ganztägigen auswärtigen Sitzung am 21. August 2019 drei Schlachthöfe zu besichtigen und sich dort über die Schlachtung von Schweinen, Rindern und von Geflügel zu informieren.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die ursprünglich für die 19. KW des Jahres 2019 geplante parlamentarische Informationsreise auf den Mai 2020 zu verschieben.